



Programm Erfolgreiche Früherkennung
13 000 Frauen gingen seit 2011 zur Mammographie. Damit ist die Beteiligung am kantonalen Programm zur Früherkennung von Brustkrebs erstaunlich gut. kanton thurgau 30

Kinder leiden am meisten
In 40 Prozent der Fälle von häuslicher Gewalt waren 2012 im Kanton St. Gallen Kinder betroffen. ostschweiz 31

Lidl investiert 20 Millionen
In den kommenden Monaten erweitert Lidl Schweiz sein Logistikzentrum in Weinfelden um 5000 Quadratmeter. ostschweiz 31

Lehrer wollen mehr Tagesschulen

Der Schaffhauser Erziehungsdirektor fordert mehr Tagesschulen, weil Kinder und Jugendliche an Schulen umfassender betreut werden müssten. Für den Thurgau sieht das der Kanton anders, widerspricht damit aber den hiesigen Lehrern.

MARC ENGELHARD

FRAUENFELD. Der Familienartikel ist gescheitert, das Thema Betreuungsangebote aber noch lange nicht vom Tisch. Christian Amsler fordert, die Schweiz brauche mehr Tagesstrukturen. Der Präsident der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz sagt in der «NZZ», er wolle möglichst nah an eine Ganztageschule kommen. Den Eltern soll es aber frei bleiben, das Angebot zu nutzen. Auf den Thurgau übertragen polarisiert die Forderung.

Regierungsrätin Monika Knill sagt: «Ich sehe derzeit auf kantonalen Ebene keinen Handlungsbedarf.» Private und die Gemeinden würden dort für Angebote sorgen, wo es solche brauche. Einen Flickenteppich gebe es dadurch nicht, auch weil der Kanton kleinräumig sei und kurze Wege habe. Die Palette bei den Tagesstrukturen reicht im Thurgau von sechs Ganztageschulen bis hin zu zahlreichen Mittagstischen. Die Gemeinden müssen selber abklären, wie sie dies bezahlen: «Am Anfang steht auch hier ein Businessplan», sagt Knill. Die Hauptverantwortung bei der Erziehung soll bei den Eltern bleiben. «Ich wünsche mir keine Volksschule, die sich in Richtung Internat entwickelt.»

Nicht die richtige Lohnklasse

Amsler nimmt bei den Tagesstrukturen die Lehrer in die Pflicht: Die müssten umdenken und Schüler auch betreuen. Knill winkt ab: «Für Kinderbetreuungsaufgaben wären Lehrer in der falschen Lohnklasse.» Das sehen die Lehrer auch so: «Die Lehrerinnen



Archivbild: Donato Caspari

Braucht es mehr Tagesschulen im Thurgau wie hier in Frauenfeld? Die Meinungen gehen auseinander.

WÖRTLICH



Anne Varenne
Präsidentin Bildung Thurgau

Schule braucht das

Die Volksschule ist darauf angewiesen, dass Kinder und Jugendliche auch ausserhalb des Unterrichts gut betreut sind.

WÖRTLICH



Monika Knill
Regierungsrätin

Weiterhin richtig

Ich bin der Überzeugung, dass der bedarfsorientierte Ansatz des Kantons Thurgau auch weiterhin richtig ist.

WÖRTLICH



Verena Herzog
SVP-Nationalrätin

Job wird gut erledigt

Das klare Nein im Thurgau zum Familienartikel zeigt, dass lokale Behörden die Anliegen der Einwohner gut erfüllt haben.

und Lehrer sind mehr als ausgelastet mit dem Unterrichten. Sie sollten nicht für Betreuungsaufgaben verpflichtet werden», sagt Anne Varenne, Präsidentin von Bildung Thurgau.

Beim Handlungsbedarf widerspricht Varenne aber: «Der ist im Thurgau aus Sicht der Lehrer klar gegeben.» Immer mehr Kinder und Jugendliche müssten ohne gute Tagesbetreuung aufwachsen. «Es kann der Gesellschaft nicht egal sein, ob die Schüler vor und nach der Schule sich auf der Strasse aufhalten oder sich gar selbst- und fremdzerstörerisch verhalten.» Die Lehrer würden mehr Tagesstrukturen unterstützen und begrüssen den Einsatz von geschulten Betreuungsfachleuten. Das grosse Problem bleibe die Finanzierung, das müssten aber die Gemeinden lösen.

Es gibt vereinzelt Baustellen

Die SVP-Nationalrätin Verena Herzog hat im Thurgau an vorderster Front gegen den Familienartikel gekämpft. Sie hält fest: Die Gemeinden sollen ihr Betreuungsangebot selber festlegen. Die Angebote bezahlen sollen sie zusammen mit den Eltern: «Bundesgelder sind völlig fehl am Platz.» Andererseits räumt Herzog ein, dass in einzelnen Orten im Thurgau umfassendere Tagesstrukturen nötig seien – grundsätzlich aber seien Schüler im Thurgau gut betreut. Der Eindruck, dass in der Schweiz Betreuungsangebote fehlen würden, ist daher wohl woanders entstanden: «Der Thurgau hat nicht den gleichen Bedarf wie Zürich.»

Kritische Fragen zu Rabatten bei Firmensteuern

WEINFELDEN. Peter Gubser (SP, Arbon) erkundigt sich in einer einfachen Anfrage, die er an der letzten Sitzung des Grossen Rats eingereicht hat, nach den Firmen, die einen Steuerrabatt erhalten haben. Zudem möchte er wissen, wie hoch die gewährten Ermässigungen sind und wie viele Lehr- und Behinderte diese Firmen beschäftigen. Weiter fragt er nach den Bedingungen für einen Steuerrabatt und danach, wie der Thurgau diese Firmen langfristig im Kanton halten kann. Schliesslich möchte Gubser wissen, ob der Regierungsrat langfristig die Firmensteuern abschaffen will und ob er Steuerrabatte als fair gegenüber seit langem hier ansässigen Firmen erachtet. (mkn)

Befremdend: Kurzaufenthalter, die arbeitslos sind

WEINFELDEN. Ausländern mit einer Kurzaufenthaltsbewilligung wird diese verlängert, auch wenn die Personen nach kurzer Zeit nicht mehr vermittelbar sind und arbeitslos werden. Kantonsrat Ruedi Zbinden (SVP, Mettlen) stört sich an diesem Umstand. Deshalb fragt er in einer einfachen Anfrage, was es genau für eine Verlängerung der Kurzaufenthaltsbewilligung braucht. Zbinden ist der Meinung, dass neben dem Arbeitsvertrag auch die Vermittelbarkeit des ausländischen Arbeitnehmers sichergestellt werden müsste. Diese unsichere Situation gehe zulasten der Arbeitslosenkassen. Darum fragt Zbinden auch, ob der Regierungsrat in diesem Bereich Optimierungspotenzial sieht. (ma)

«Die Aussensicht gewinnt an Gewicht»

Der Frauenfelder Branding-Experte **Thomas Harder** rät der TKB, auch nach der Herausgabe von Partizipationsscheinen der Thurgau-Strategie treu zu bleiben. Man müsse aber auch den Gegenwind aushalten.

Herr Harder, wie wirkt sich ein Börsengang auf ein Unternehmen aus? Verändert sich die Kultur?

Thomas Harder: Neue Kräfte wirken auf das Unternehmen ein. Man darf sie nicht unterschätzen. Die Börse hat einen eigenen Rhythmus und ist selber Einflüssen von aussen ausgesetzt. Vielleicht sinken die Kurse einer Firma aus Gründen, die mit der Weltwirtschaft zusammenhängen, obwohl die Firma selber gut unterwegs ist. Die TKB muss versuchen, die Börse von ihrem Geschäftsmodell zu überzeugen. Sie muss es aushalten, wenn die Analysten es anders sehen und wenn die Börse sie abstrafft.

Was bedeutet das in der Praxis?

Harder: Die Aussensicht gewinnt an Gewicht. Man muss die Beziehung zu den Investoren pflegen. Das braucht Zeit. Man muss in höherem Rhythmus berichten und trotzdem die langfristige Perspektive beibehalten. Darin liegt die Herausforderung. Und die Mitarbeiter der TKB werden häufig auf die Kursentwicklung



Thomas Harder
Geschäftsführer von Swiss Brand Experts

der Partizipationsscheine schauen. Das ist menschlich.

Wie gross wird der Aufwand für die Investor Relations im Fall der TKB?

Harder: Es braucht wohl eine Teilzeitstelle mit hohem Pensum für die Investor Relations. Daneben brauchen der CEO und der Finanzchef Zeit für die Investor Relations. Sie benötigen ebenfalls Zeit zum Nachdenken. Das ist keine verlorene Zeit. Analysten stellen intelligente Fragen.

Was verändert sich aus der Sicht der Kunden, wenn die TKB an die Börse geht?

Harder: Die TKB ist ja ein erfolg-

reiches Unternehmen, das heisst, ihr Angebot stimmt für ihre Kunden. Wenn sie ihr Geschäftsmodell beibehält, ändert sich für die Kunden nichts. Die TKB muss auch nach der Emission von Partizipationsscheinen sich selber bleiben, obwohl die Aussensicht grösseres Gewicht erhalten wird.

Besteht aus der Sicht des Branding-Experten ein Unterschied, ob Aktien oder stimmrechtslose Partizipationsscheine emittiert werden?

Harder: Ich glaube nicht, dass das eine grosse Rolle spielt. Wichtiger ist, ob eine Firma an der Haupt- oder an einer Nebenbörse kotiert ist. Durch die angestrebte Kotierung an der Swiss Exchange wird die TKB auf einen grösseren Radar kommen.

Spielt es eine Rolle, ob ein Unternehmen aus dem Thurgau oder aus einer anderen Region, beispielsweise dem Raum Zürich, kommt?

Harder: Nein, die Herkunft aus der Ostschweiz spielt keine Rolle. Die entscheidende Frage lautet: Bleibe ich der strategischen Aus-

richtung, die mir bisher Erfolg gebracht hat, treu? Die TKB muss den Fokus behalten, die Bank für den Thurgau zu bleiben. Damit war sie bisher erfolgreich, und das muss sie an der Börse durchsetzen. Börsenkurse hängen vom Unternehmenserfolg ab. Die Börse folgt aber auch Moden. Mal wird der Fokus auf den Thurgau der Börse gefallen, mal nicht.

Hat die Börse auf die TKB-Partizipationsscheine gewartet?

Harder: Ich kann natürlich nicht für die Börse sprechen. Ich bin aber überzeugt, dass solide Papiere immer gefragt sind und dass die TKB mit einer Thurgau-Strategie langfristig finanziell erfolgreich sein wird. Das ist wiederum gut für die Investoren. Selbstverständlich werden die Partizipationsscheine der TKB Rückschläge erleben, aber über längere Sicht werden sie mit einer Thurgau-Strategie an Wert gewinnen.

Was sollte die TKB im Vorfeld der Emission tun, um ihre Partizipationsscheine zu einem möglichst

guten Preis an den Mann oder die Frau zu bringen?

Harder: Sie muss auch in dieser Phase in ihrem Geschäft gute Zahlen liefern. Dass eine Firma sich vor einer Emission möglichst gut präsentiert und etwa das Erscheinungsbild auffrischt, ist legitim. Was man hat, darf man zeigen.

Interview: Martin Knoepfel

PERSON

Thomas Harder

Der Rechtsanwalt Thomas Harder ist 43 Jahre alt und lebt in Frauenfeld. Er besuchte die Schulen im Thurgau, studierte in Bern und Zürich bildete sich unter anderem am Institut für Markentechnik in Genf weiter. Zudem war er Leiter des Generalsekretariats von Georg Fischer, Schaffhausen. Er ist Gründer und Geschäftsführer der Swiss Brand Experts AG, die sich auf markenbasierte Firmen-, Strategie- und Standortentwicklung spezialisiert. (red.)

Referenztarife festgelegt

FRAUENFELD. Der Regierungsrat hat die Referenztarife für stationäre Spitalleistungen im Rahmen der Spitalfinanzierung genehmigt und auf den 1. April in Kraft gesetzt. Gemäss Krankenversicherungsgesetz (KVG) kann eine versicherte Person für die stationäre Behandlung unter den Listenspitälern schweizweit frei wählen. Der Versicherer und der Wohnkanton übernehmen die Behandlungskosten anteilmässig gemäss KVG, jedoch höchstens nach dem Tarif, der in einem Listenspital des Wohnkantons gilt. Zuständig für die jährliche Festlegung dieser Referenztarife ist der Regierungsrat. (red.)

www.gesundheitsamt.tg.ch

Anzeige

Gesucht in Frauenfeld / Umgebung

Bauland

(evtl. Abbruchobjekt)

Unkomplizierte und transparente Kaufabwicklung.

Seit mehr als 75 Jahren

Ed. Vetter AG, 9506 Lommis
Markus Vetter, 052 369 45 46
markus.vetter@vetter.ch

Vertraut. Vorwärts.